

Die Stadtverordnetenversammlung
- Jugendparlament -

Tagesordnung Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 26. September 2018

<u>Vorlagen-Nr. 18-J-42-0020</u>	
----------------------------------	--

Antrag "HUSKJ: Eine Investition in die Zukunft"

Das Jugendparlament möge der Empfehlung der HUSKJ-Delegation Wiesbadens Folge leisten und beschließen:

Das Jugendparlament unterstützt die HUSKJ finanziell durch einen Finanzmittelzuschuss in Höhe von 750€. Davon sind 550€ an folgende Zwecke gebunden:

1. Gestaltung von Banner, Flyern und sonstigen Werbemitteln (130€)
2. Banner (120€)
3. Flyer (500 Stück, Naturpapier; 66€)
4. Beachflags (2 Stück, 200€)
5. Social-Media Werbung (34€)

Die verbleibenden 200€ sind nicht zweckgebunden und stehen dem Vorstand der HUSKJ in Absprache mit der Wiesbadener Delegation zur Bewältigung notwendiger Arbeit und Beschaffung notwendiger Mittel zur Verfügung.

Begründung:

Als Geburtsort der Idee hat Wiesbaden eine besondere Verantwortung für die HUSKJ. Das jahrelange Engagement vieler Wiesbadener Jugendlicher in diesem oder vergleichbaren Vorgängerprojekten darf nicht unnütz gewesen sein: Es steht in unserer Macht und Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Arbeit der Mitglieder dieses und vergangener Jugendparlamente wertgeschätzt wird und auch auf lange Sicht fortgesetzt werden kann. Mit Blick auf die dem Wiesbadener Jugendparlament zur Verfügung stehenden Mittel ist dieser Beitrag zur Erhaltung und Erweiterung der Arbeit der HUSKJ in keiner Weise finanziell problematisch und maximal effizient eingesetztes Geld.

Das Jugendparlament Wiesbaden bekennt sich durch diese Unterstützung dazu, die Mitbestimmungsrechte junger Menschen in ganz Hessen stärken zu wollen und damit die Demokratie Deutschlands und des Landes Hessen zu optimieren.

Eine Zustimmung zum heutigen Antrag würde eine erhebliche Erweiterung des Handlungsspielraums der HUSKJ bedeuten. Insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit würde von den Geldern profitieren: Eine effektive Öffentlichkeitsarbeit konnte mangels finanzieller Mittel bisher nicht realisiert werden.

Durch die Aufnahme effektiver Öffentlichkeitsarbeit würden endlich mehr Jugendliche von der HUSKJ erfahren. Des Weiteren würde die HUSKJ für politische Akteure sichtbar werden, was den politischen Druck nach einem landesweiten Jugendparlament erhöht und somit dem obersten Ziel der HUSKJ dient. Eine intensiviertere Medienarbeit würde im Falle einer Annahme des Antrags folgen können, da endlich auch Gespräche mit Akteuren außerhalb Hessens begonnen werden könnten. So steht schon lange der Gedanke eines Austauschs und einer Kooperationsvereinbarung mit dem Landesjugendparlament Nordrhein-Westfalen aus, die bisher aufgrund fehlender Mittel zur Reisekostenrückerstattung nicht stattfinden konnte.

Auch im Rahmen der kommenden Podiumsdiskussion, bei der das Thema der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle spielen wird, können HUSKJ-

Werbemittel an politisch Interessierte verteilt und somit die Bekanntheit und Reputation des Jugendparlaments Wiesbaden und der HUSKJ erhöht werden.

Beschluss Nr. 0083

Der Antrag wird angenommen

Wiesbaden, .10.2018

Gottwald
Vorsitzender